

Beilage zu Nr. 58 der „Volkswacht“.

Mittwoch, den 9. März 1904.

Deutscher Reichstag.

52. Sitzung. Dienstag, den 8. März 1904, 1 Uhr.

Am Bundesämtlich: Lieberding, v. Einem.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die erste eventuell zweite

Beratung des Gesetzentwurfs betreffend die

Rechtsstellung des Herzoglich Holsteinischen

Kürstenhauses.

Die Vorlage behält die Abweichung von den Reichsgesetzen, die sie die Mitglieder des vormaligen Hannoverschen Königsanstzes, des vormaligen Kurhessischen und des vormaligen Herzoglich Hauischen Kürstenhauses bezeichnen, auf die Mitglieder des Herzoglich Holsteinischen Hauses aus. Es handelt sich dabei besonders darum, daß die Mitglieder der bezeichneten Familien nicht persönlich an Gerichtsstelle zu erscheinen brauchen, als Zeugen in ihrer Wohnung zu vernehmen sind, Eide mittels Unterschriften bei Eidesformularleistung und daß ihre Grundstücke nur auf Antrag in das Grundbuch eingetragen werden. Nach der Beendigung werden diese Sonderrechte zur Zeit von einzelnen Gerichten den Mitgliedern des Herzoglich Holsteinischen Hauses nicht angestanden. Der Entwurf begreift die Herstellung der Rechtslage.

In der ersten Sitzung regte das Wort

Abg. Stadhagen (Soz.): Dieser Gesetzentwurf bringt eine Ausdehnung des Art. 57 des Einführungsgesetzes zum bürgerlichen Gesetzbuch, betreffend das Sonderrecht einzelner Königs- und Fürstenhäuser, ohne auch nur den geringsten materiell berechtigten Grund dafür anzuführen. Zum mindesten hätte und dann doch etwas überredet über die Prozeßrechte, die das Kürstenhaus bisher um seine Sonderrechte festhält hat, mitgeteilt werden müssen. Wie nun natürlich davon jedes Landes für andere, müssen und aber auf das Schiedesrecht dagegen werden, daß hier zugleich währende Anklagegeschichtliche Fragen der Regelung hatten, noch ein neues Sonderrecht geschaffen wird.

Wir haben auch die Veranlassung uns dagegen zu wenden, daß der Begriff Majestätsbeleidigung noch auf weitere fürstliche Geschlechter Anwendung finden könnte. Es handelt sich um einen Ausnahmefall, das selbstd dann nicht berechtigt ist, wenn man die bezeichneten Sonderrechte als berechtigt anerkennen will. Ich bin daher die Ablehnung des Entwurfs, bitte aber, da es sich um grundlegende Fragen handelt, die Vorlage zunächst einer Kommission von 14 Mitgliedern zu überweisen. Dort wird auch über die schwierigen Prozeßpunkt gegeben werden können, auf die der Gesetzentwurf Bezug nimmt. (Bravo! bei den Soz.)

Staatssekretär Dr. ReibOLD: Herr Stadhagen hat den Entwurf so gedeutet, als ob er besondere Privilegien auch auf konsistechliches Gebiete involviere. Das ist aber weder die Absicht der Verbindeten Regierungen, noch kann die Fassung des Entwurfs so ausgedeutet werden, daß es sich hier um irgendwelche Sonderstellung im Strafrecht handle.

Abg. Zeffert (Dän.): protestiert dagegen, daß die dänischen Schleswig-Holsteiner das Augustenburger Kürstenhaus als das erberechtigte betrachten. Um übrigens sei die Beendigung des Entwurfs nicht möglich gehalten, was wohl zusammenhängt, daß der Reichskanzler der Sohn eines dänischen Ministers sei.

Die Abg. Kirsch (Centrum), Dr. Baasche (natt.), Stockmann (Apt.) und v. Normann (kons.) erklären sich für den Entwurf und gegen eine Kommissionsberatung.

Damit schließt die erste Beratung. Der Auftrag auf Kommissionsberatung wird gegen die Stimmen der Sozialdemokraten, Freisinnigen und der Dänen abgelehnt, ebenso ein Auftrag Singer (Soz.), die zweite Beratung nicht sofort vorzunehmen.

Das Gesetz wird sodann in zweiter Beratung ohne Debatte beschlossen. Darauf wird die zweite Beratung des

Militäretaats

fortgesetzt.

Abg. Sattler (natt.): Auch wir wünschen eine öffentliche Klärung der Missstände in der Armee, aber nicht in der sonstigen des Herrn Bebel. Über die militärische Literatur inaktivierter Offiziere hat der Kriegsminister mit Recht abprechend gerichtet. Nicht ganz gleichzeitig waren aber die historischen Ausführungen des Herrn v. Einem über die Zeit von Jena. Der niedrige Grund des vormaligen Zusammenschlusses lag darin, daß das Volk von den öffentlichen Angelegenheiten abfachlich zurückgehalten zu wurde. Das sind wir verpflichtet hier vor dem Lande öffentlich zu erklären. (Lebhafte Zustimmung bei den Nationalliberalen.) Mit den Aussführungen der Herren v. Einem und v. Endres über die Soldatenmissbildungen stimmen wir völlig überein. Das die Freunde des Herrn Bebel in einem gerechten Krieg mit für das Vaterland kämpfen wollen, ist gewiß erfreulich. Aber die Herren werden wohl selbst entscheiden wollen, welchen Krieg sie für einen gerechten ansehen. (Sehr richtig! bei den Natl.) Herr Bebel hat bestreitet, daß in Dresden Schimpfworte gefallen

sind. Ist denn der Vorwurf der „Eige“ keine Beleidigung? (Sehr richtig! bei den Natl.) Wir werden eine Partei, die die Grundlage unseres Staates, das Königreich, unterdrücken will, niemals auf das Entschiedensein belämmern. (Bravo! b. d. Natl.)

Abg. Ledebour (Sozialdemokrat):

Ich muß doch den bayerischen Kriegsminister v. Asch gegen Herrn v. Endres in Schuß nehmen. In der Tat haben sich die Soldatenmissbildungen durch die bisherigen Maßnahmen nicht in befriedigendem Maße abbauen lassen. Der Grund der Missbildungen liegt vor allem in der bis zum Radavergebnis am gehenden Disziplin, bei dem Vorgehenden eine Art Gaskartenvorwahl großzieht. (Sehr richtig! bei den Soz.) Das Beschwerderecht nützt den Soldaten fast gar nichts. Alle Verhandlungen der Militärgerichte haben gezeigt, daß die Soldaten so eingeschöpft sind, daß sie selbst die ungeheuerlichen Missbildungen nicht zur Angelege bringen. Das hat ein Verhandlungsführer in Straßburg selbst zu gegeben. Der Erbprinz von Meiningen verlangt deshalb auch sehr richtig, daß von jeder Beschwerde dem Generalkommando Mitteilung gemacht werde, damit der Beschwerdeführer event. in einem anderen Truppenteil verfehlt werden könne. Dieser Vorfahrtbefehl des Erbprinzen steht zweifellos im Zusammenhang mit seiner sog. Beschwerde gegen den Kriegsmittelkrieg. Gleich nach dieser Beleidigung ist der Corpssiege annulliert worden. Das hätte den Abschied des Prinzen zur Folge gehabt, wenn er noch kommandierender General des VI. Armeekorps gewesen wäre. Herr Endres hat den Artikel des „Vorwärts“ über den Baudissidenten Monat besonders angegriffen. Aber in diesem Artikel war der literarische Wert des Buches unbestritten abfällig bewertet. Es kommt nur darauf an festzustellen, ob die Tatsachen wahr sind oder nicht. Man ist in hoher Militärschicht jetzt sehr empfindlich gegen jede Kritik. Über den „Kämpfertum“ sprach Herr v. Einem mit ließiger Entlehnung. Die höchste geistige Kultur aber erkennt den Witz auch da an, wo er gegen die eigene Person sich richtet. (Sehr richtig! b. d. Soz.)

Zur nächsten (Soz.): Ihr (nach rechts) ganzes Denken obzilliert nur noch um den Dresden Paritättag. (Große Heiterkeit b. d. Soz.) Wenn Sie uns damit vernichten zu können läuden, so bewilligen Sie doch 100,000 Mark, damit jeder Deutsche ein Exemplar des Vortag-Protocols bekomme. (Sehr gut! bei den Soz. und Heiterkeit.) Weder geht darauf auf den Fall Mehlein in ein, der wegen plausibler Verweigerung einer Ausfahrt gegenüber der Militärverwaltung in Fängniszwanghaft genommen worden sei. Nach schlimmer ist, daß der Ureher einer Beschwerde über die der Abg. Bickler im bayerischen Landtag den Kriegsminister erstaunlich befragt, wegen falscher Anschuldigung bestellt wurde. Im Fall Aurenberg steht das vom Kriegsminister angeführte Gutachten in freiem Wiederhall zu dem des wissenschaftlichen Senats der Kaiser-Wilhelm-Akademie. Unser Patriotismus, unsere Liebe zum Volke ist mindestens so groß wie die Ihre. Ja unser Ideal der Vaterlands- und Freiheitlichkeit ist höher, denn wir streben gleiche Verteilung und Entwicklungsmöglichkeit für alle. (Lachen rechts.) Wir wollen keine Eroberungs-, keine Unterdrückungspolitik gegen andere Völker, aber gegen einen russischen Eroberungskampf z. B. würden auch wir Sozialdemokraten insgesamt das Vaterland verteidigen. (Sehr richtig! bei den Soz.) Bismarck selbst hat die Fälschung der Kaiser-Depsche aufgezeigt, als er erklärte, er habe aus einer Thamad eine Kantate gespielt. (Lachen rechts.) Wie eng der Vaterlandsbegriff des Herrn v. Einem und seiner Freunde ist, heisst keine Drohung gegen uns mit Waffenwahl vorgezogen, wenn wir die Mehrheit hinter uns haben sollen. Wenn wir die Majorität des Volkes für unsere Ideale gewonnen haben, dann haben wir das Recht, diese Ideale zu verwirklichen. Wir werden dann auch Manns genug zu ihrer Durchführung sein, wenn auch General v. Einem mit seinen getreuen Schildknappen Herrn v. Riepenhausen auf seiner Rossnante gegen uns antreite. (Heiterkeit.) Seine Neuerung von den Offizieren als „Führer des Nation“ hat den Kriegsminister in stenographischen Bericht umgedeutet in „Führer des Volkes in Waffen“. Dadurch sind unter folgenden Aussführungen unverständlich geworden. Die Exemplare von „Erzieher der Nation“, die wir hier haben sprechen hören, röhren nicht einmal in der Geschichte und Kriegsgeschichte Bescheid. (Große Unruhe rechts.) Herrn Dr. Sattlers Darstellung über die Zeit von Jena war vollkommen richtig. Schon kurz nach Jena wurde die Gefechtskarte der Franzosen von den preußischen Offizieren angenommen, die zuerst von den nordamerikanischen Revolutionären im Kampf gegen England angewandt wurde. Der Zusammenschluß zeigt den unheilvollen Einfluß der absoluten Monarchie und der Bureaucratie. Ihren Patriotismus wird die Mehrheit am besten beweisen, wenn sie die Soldatenmissbildungen beseitigen hilft. (Bravo! bei den Soz.)

Sächsischer Oberstleutnant Arno von Nebba: Herr v. Endres ist auf einer Dienstreise und wird später auf die Angriffe des Herrn Ledebour antworten. Die Schlägerei in Bautzen hat mit der Er-

bitterung der Bevölkerung nichts zu tun. Sie ist dadurch entstanden, daß einige Offiziere des Gutes gewalt gegen hatten. Der Vorfall stand in keinem Zusammenhang mit dem neutralen in den Beziehungen zwischen dem Offizier während des Verfahrens mit einem jungen Soldaten von dessen Vater überwacht und mit der Handelsschule gezeigt wurden. Der bezeichnete Rentamt hat die Erzählung als ungünstig erwähnt und erwidert bezeichnet. Die ehemaligerliche Untersuchung hat ergeben, daß das Gericht eine ganz gemeine Verleumdung war. Die ganze Sache beweist nur, wie leichtgläubig die Partei der „Intelligenz“ ist. (Bravo! rechts.)

Abg. Dr. Müller-Meiningen (Freisinnige Volkspartei):

Das heißt doch der öffentlichen Meinung geradezu ein Schnuppern schlagen, wenn man sagt, der Erbprinz von Sachsen-Meiningen sei befürwortet worden. Der Erbprinz hat eben lieber seinen Abstieg eingerichtet, als daß er seinen Vorsbesitz über die Soldatenmissbildungen zurückgewonnen hätte. Nachher erging ein neuer Erlass: Die Soldaten hätten wohl ein Beschwerderecht, aber keine Beschwerdeberechtigung. (Bravo! b. d. links.) Das ergibt weite Kreise des Volkes. (Kurz rechts: In Meiningen!) Was nutzen alle Erlass gegen die Soldatenmissbildungen, wenn gegen die Soldaten in der Armee, dieses Ungesetz, nichts geschieht. Auf Preußen entfällt ein Nutzen, auf Bayern nur ein geringfügiges Nutzen. Der bayerische Offizierstand ist eben gebildeter und weniger adelig. (Große Unruhe und Klappe rechts.) In Ulm hat in einer Kriegsgerichts-Behandlung der Vertreter der Anklage gesagt: Die Begriffe der preußischen Gardesoldaten seien in Bayern nicht gang und gäbe. Meine Ausschüsse über den Kurzus hat der Kriegsminister vollkommen aufgestellt. Weiteraufbau scheint es bei der Regierung, auch beim Reichskanzler, Ehre zu werben, die Anerkennungen der Redner aus dem Hause zu entziehen. Die buntfahrbigen Cavallerieuniformen sind die beste Bekleidung für die feindlichen Augen. Ich forme zum Schluss. (Lebhaftes Bravo! rechts.) Ich freue mich, wenn Sie sich schämen. (Kurz rechts: Wie langweilen uns nur!) Möge die Regierung dafür sorgen, daß die Armee keinen Grund zum Äußenanmarsch hat. (Bravo! links.)

Kriegsminister v. Einem:

Die Behauptung, der Erbprinz von Sachsen-Meiningen sei wegen seines Vorgehens gegen die Soldatenmissbildungen entlassen worden, ist eine unerhörte Verhöldung in der allerhöchsten Stelle. (Sehr richtig! rechts.) Über die Anstellung und Verabschiedung der Generale durch Se. Majestät, dürfen hier keine langen Erklärungen stattfinden. (Unruhe links.) Wenn ein bayerischer Offiziervertreter wirklich gesagt hat, der Angeklagte habe wohl den Geist der preußischen Gardesoldaten mitgebracht, so ist das eine Erledigung in der preußischen Armee. Ich werde mich danach erkundigen, ob das wirklich vorzuholen ist. Es ist mir schwierhaft, wie ein Offizier an Herrn Dr. Müller-Meiningen schreiben kann, die bayerischen Offiziere würden zuschauen. (Sehr richtig! rechts.) Sehen Sie sich doch einmal die Auflösliste des Generalstabes oder des Kriegsministeriums an! Aber wenn Se. Majestät die Verdienste eines Offiziers anerkennt und ihn adelt, so darf der Reichstag das nicht kritisieren. (Große Unruhe links.) Von der großen Mehrheit des Hauses wird nie nicht scharfe Kritik sondern großes Vertrauen entgegengesetzt. Nicht ich habe Herrn Müller Worte verdreht, sondern er hat nie etwas in den Mund gelegt, was ich nie gesagt habe. (Lautes Lachen links.) Ich habe nicht vom sogenannten überlosen Kriegsamt gehabt, sondern von der sozialpolitisch angehauchten Bedürfnissen, darunter verstehe ich alle, von Regierenden bis zum Bauer. 1808 war nicht nur die Armee, sondern der ganze Staat von der Regierung bis zum Volk bestimmt. (Klappe! links.) Also hat niemand das Recht zu sagen, die Armee marschiere nach Jena. Das ist nicht wahr, dagegen protestiere ich. (Lebhaftes Bravo! rechts.) Die Kavallerie-Regimenter müssen verschiedene Uniformen haben, damit sie sich nach der Attache zusammenfinden. Das Militärdokument hat nichts anzuordnen, sondern nur die Befehle Sr. Majestät zu übermitteln. Es ist nie in den Weg gekommen und wird es auch nicht. (Lebhaftes Bravo! rechts.)

Abg. Stöcker (wildkons.): Kritik ist gewiß berechtigt, aber Sie darf nicht verleumderisch und schmählich sein. Praktische Erfahrung sollten wir der Regierung bringen. Aber hat Herr Bebel gesündet?

Präsident Graf Valdeck: Bitte, richten Sie keine Fragen an einzelne Abgeordnete. (Große Heiterkeit.)

Abg. Stöcker (fortsch.): Ich formuliere keine Antwort, das zeigt nur, daß ich recht vernichtet habe. Aber was sollen uns drei blödige Reden von Leuten, die von der Sache garnicht verstehen. (Große Heiterkeit.) Man fürchtet, die Armee könnte unter Umständen gegen revolutionäre Bürger Bewerbung finden. Gewiß, das wäre eine miserabile Armee, auf die man in solchen Fällen nicht rechnen könnte. Wenn Sie auch nicht in den Reihen selbst Agitation treiben, so raubt doch die abgrundtiefe Agitation der sozialdemokratischen

Kinder im Schutt begraben, und die Russen, welche sich läunenwert tapfer verkriegen, war die erste, die aus dem Schutt hervorkroch. Sie folgten bald die übrigen. Abgesehen von Verleumdungen geringer Art, schaute alle wieder wohlbeholt nach Arosa zurück. Als großer Oldt ist es zu bezeichnen, daß die Ausflügler vor dem Ergebnisse ihrer Schneeschuhe abgenommen hatten, sonst wäre ein Unfall wohl unvermeidlich gewesen.

Ein furchtbare Schuhverbrechen ist jetzt, nach 2 Jahren, ans Tageslicht gelommen. Im Jahre 1902 wurden bei Charlettou drei Männer wegen angeblicher Ermordung einer weißen Frau namens Jones lebendig verbrannt. Der Ehemann der Frau Jones hat jetzt auf dem Sterbebett bekannt, daß er selber seine Frau ermordet und daß die drei verbrannten Männer unbeschädigt waren. Ob dies der einzige Fall gewesen ist, wo die Geflüchteten unbeschädigt waren? Man kann wohl mit vollem Recht sagen: ganz gewiß nicht! Ob die Beschuldigungen erwiesen sind, ist jedem Mob völlig gleichgültig, der Neger wird verbrannt. Und das geschieht noch in den Vereinigten Staaten, deren Bewohner sich auf ihre Gesetzung sonst nicht genug gugt um können!

Eine Automobilistenkraft wurde dieser Tag vor dem Potsdamer Schöffengericht aufgefordert. Ein Automobilfahrer hatte einen Strafvertrag erhalten, weil er zu schnell gefahren war. Er erhob Widerspruch und wußte nach, daß er an dem betreffenden Tage mit seinem Automobil, dessen Nummer im Vorbeifahren ein Polizeibeamter notiert hatte, gar nicht aus Berlin herausgekommen sei. Nun ermittelte man, daß verschriebene Automobilisten an ihren Türen gegen eine Vorrichtung haben, durch die es ihnen möglich wird, mit Leichtigkeit eine andere Nummer über die richtige zu schreiben; dadurch sind schon wiederholte falsche Angeklagte verdeckt worden.

Litteratur.

Jean Jaures: „Das Theorie und Praxis“, Sozialistische Studien. (Übersetzung von A. Südelius). Berlin W. 25.

Von diesem außerordentlich reichhaltigen und zum Denken in vielen Richtungen anregenden Bande, das mir früher schon beschrieben, hat der Verlag eine Agitationausgabe vorbereitet, die mir 50 Seiten. Diese Ausgabe ist unveröffentlicht und sehr ausgestattet. (50 Seiten). Sie wird sicher das Interesse der Genossen finden.

Das Gleiche gilt für das Buch:

G. Sadebon: „Die Entwicklung zum Sozialismus“, Übersetzung von A. Südelius.

Und hieron ist eine unveröffentlichte Agitationausgabe für den Preis von 50 (50 Seiten) für Verkauf erschienen. Sie auf alten Papier hergestellt und weit verbreitet finden.

